



Stadtoberhaupt Sauerland\*  
*Buhrufe und höhnisches Gelächter*

KOMMUNEN

## „Wahlkönige auf Zeit“

Anderthalb Jahre nach der Love Parade entscheiden die Duisburger über das Schicksal ihres Oberbürgermeisters. Die Abwahl von Rathauschefs soll auch andernorts erleichtert werden.

Seit genau 18 Monaten verschanzt sich Adolf Sauerland im Duisburger Rathaus.

Ein freiwilliger Rücktritt? Er doch nicht. Politisch die Verantwortung übernehmen für eine Love Parade, bei der 21 Menschen starben? Seine Stadtverwaltung kann ganz bestimmt nichts dafür.

Deutschlands vielleicht unbeliebtester Oberbürgermeister wartet einfach auf das reguläre Ende seiner Amtszeit im Sommer 2015. Dafür nimmt er auch Buhrufe und höhnisches Gelächter in Kauf.

Eine kleine Gesetzesänderung hat diesen Plan nun zunichtegemacht. Die Hängepartie im Rathaus wird schon am 12. Februar entschieden, dann stimmen die Duisburger über die Abwahl des CDU-Politikers ab.

Es ist eine Premiere in Nordrhein-Westfalen. Erstmals können Bürger direkt ein unbeliebtes Stadtoberhaupt aus dem Amt wählen. Die rot-grüne Landesregierung hat dafür mit der „Lex Sauerland“ eigens die Gemeindeordnung geändert.

Für Deutschlands Bürgermeister brechen härtere Zeiten an. Auch andere Bundesländer sind dabei, die Macht der Stadtoberhäupter zu beschneiden. Amtszeiten bis zu zehn Jahre sollen verkürzt, Abwahlmöglichkeiten verbessert werden. Denn nicht nur in Duisburg wurden Wähler jene Meister, die sie riefen, nicht mehr los.

Was die Unabhängigkeit von Bürgermeistern stärken sollte, trägt zur Entmündigung des Wahlvolks und zu jahrelangem Stillstand bei – etwa wenn Streit und Misswirtschaft eine Kommune erschüttern. „Wenn die Bürger ein Stadtoberhaupt direkt wählen, müssen sie auch bei der Abwahl prinzipiell das letzte Wort haben“, sagt Gerd Strohmeier von der Technischen Universität Chemnitz. Der Politologe hat sich lange mit politischen Krisen in Rathäusern beschäftigt.

Bisher gelang es frustrierten Wählern in der Regel nur in Ostdeutschland, ihren Willen durchzusetzen. In Sachsen-Anhalt verloren, so Strohmeiers Studie, bis 2008

11 Bürgermeister durch Abwahl ihren Job, in Brandenburg waren es 23. Im Westen dagegen konnten angeschlagene Rathauschefs dank hoher Hürden meist unverdrossen weiterregieren: So kann in Baden-Württemberg nur das Verwaltungsgericht über eine Amtsenthebung entscheiden; in Niedersachsen muss sich eine Mehrheit von 75 Prozent der Ratsmitglieder finden, bevor es zu einem Bürgerentscheid kommen kann.

Seit Jahren versuchen etwa in Oldenburg die Grünen ohne Erfolg, den Oberbürgermeister loszuwerden. Der parteilose Gerd Schwandner war 2006 mit grüner und christdemokratischer Unterstützung für acht Jahre gewählt worden. Wenig später brach er sein Wahlversprechen, ein Einkaufszentrum in der historischen Fußgängerzone zu verhindern. Die Empörung war groß; doch Schwandner blieb gegen den Widerstand der Grünen im Amt.

Ein Grund für das Beharrungsvermögen manch ungeliebter Rathauschefs im Amt liegt fraglos im Finanziellen. Anders als bei Landes- und Bundesministern gibt es für Stadtoberhäupter kein Übergangsgeld bei freiwilligem Rücktritt. Falsche finanzielle Anreize, hohe Abwahlhürden und lange Amtszeiten machten Bürgermeister zu „Wahlkönigen auf Zeit“, sagt der Tübinger Politikwissenschaftler Hans-Georg Wehling.

Kommunen können aus solchen Gründen mitunter einen jahrelangen politischen Stillstand erleben. Im badischen Rickenbach ist das der Fall. Dort hatte Bürgermeister Norbert Moosmann kurz nach Amtsantritt den bewährten Hauptamtsleiter suspendiert und seiner Gemeinde „Vetterleswirtschaft“ vorgeworfen. In seiner Post fand er daraufhin eine tote Maus mit roter Soße, eingeschweißt in eine Plastiktüte.

Moosmann begab sich in ärztliche Behandlung. Im Juli 2011 kehrte er ins Amt zurück – nach zehn Monaten Abstinenz. Zwei Tage später wurde die Attrappe eines Molotowcocktails in sein Büro geworfen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt in alle Richtungen, das Landratsamt hat ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Es gibt Gerüchte, dass Moosmann den Anschlag inszeniert haben könnte.

Um der Gemeinde Ungewissheit bis 2013 zu ersparen, soll Moosmann, der sich dazu nicht äußerte, nun mit einem Attest vom Amtsarzt in den Vorruhestand geschickt werden.

Besonders ehrgeizige Lokalpolitiker versuchen sogar, sich von einem Rathaus ins nächste zu hangeln. Zum Beispiel Ralf

\* Nach einer Ketchup-Attacke bei der Einweihung eines Marktplatzes in Duisburg 2010.

Steinbrenner, der der 11 000-Einwohner-Gemeinde Leingarten bei Heilbronn vorsteht. Ein halbes Jahr vor Ende seiner ersten Amtszeit kandidierte er in Bretten bei Karlsruhe für den Posten des Oberbürgermeisters. In der 28 000-Einwohner-Stadt lockte auch ein höheres Gehalt.

Als er dort unterlag und Leingarten erneut Treue versprach, wurde er im März 2010 von seiner alten Gemeinde sogar wiedergewählt, auch weil sich kein Gegenkandidat fand. Wenige Wochen später enthüllte die Lokalpresse, dass Steinbrenner noch höher hinauswollte: Er hatte sich als Finanzbürgermeister in Sindelfingen (60 000 Einwohner) beworben – heimlich.

Die Ratsfraktionen waren bitter enttäuscht. Steinbrenner sagte Sindelfingen ab und ging in Kur.

Fünf Wochen später saß der Lokalpolitiker in Leingarten wieder am Schreibtisch und entschuldigte sich für seinen Anspruch, „immer noch eine Schippe draufzulegen“. Seither ist das Vertrauen zwischen Gemeinde und Bürgermeister beschädigt.



**Oberbürgermeister Schwandner (M.)\***: Große Empörung

Steinbrenner hat dennoch wenig zu fürchten. Die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg will die bestehenden Regeln nicht ändern.

Andere Länder dagegen handeln: So will Nordrhein-Westfalen die Amtszeit

\* Am 7. Februar 2011 mit dem damaligen Oldenburger Grünkohlkönig Karl-Theodor zu Guttenberg und dessen Nachfolger Philipp Rösler.

von Bürgermeistern auf fünf Jahre verkürzen – und sie künftig gemeinsam mit dem Gemeinderat wählen lassen. In Niedersachsen macht sich Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil ebenfalls für Reformen stark. Er hält es für problematisch, wenn ein schwacher Kandidat ins Amt kommt, der dann „für eine ziemlich lange Zeit in ziemlich großer Verantwortung“ stehe. Fünf statt acht Jahre im Chefbüro seien angemessen. Mit dieser Forderung will Weil 2013 als SPD-Spitzenkandidat in den Landtagswahlkampf ziehen.

Den vielleicht aussichtsreichsten Weg, ungeliebte Bürgermeister loszuwerden, haben Hessen und Niedersachsen beschlossen. Dort können amtsmüde Stadt- oder Oberhäupter die Versetzung in den Ruhestand beantragen und anschließend ein Ruhegehalt beziehen – wenn die Gemeindevertretung bestätigt, dass das Vertrauensverhältnis zerstört ist.

Eine ähnliche Regelung hätte auch in Duisburg helfen können. Zu einem freiwilligen Rücktritt Sauerlands ist es wohl auch deshalb nicht gekommen, weil er dann seine Altersversorgung verloren hätte.

SIMON BOOK